UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 9. Juni 1988

18/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Moskauer Gipfel:

Feste Haltung des Westens hat entscheidend zum Erfolg beigetragen

Die Bundesregierung begrüßt laut Staatssekretär Friedhelm Ost den erfolgreichen Verlauf des vierten Gipfeltreffens zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow. Der konstruktive Dialog zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Generalsekretär hat den West-Ost-Beziehungen neue, richtungweisende Impulse gegeben.

Bundeskanzler Helmut Kohl sieht sich nach diesem vierten Gipfel der beiden Staatsmänner in 2½ Jahren in seiner Auffassung bestätigt, daß Treffen auf höchster politischer Ebene Motor des West-Ost-Verhältnisses sind. Nur so konnte das Vertrauensklima geschaffen werden, das den historischen Durchbruch des INF-Vertrages ermöglichte. Aus dieser Überzeugung heraus hatte der Bundeskanzler sich bereits in seiner ersten Regierungserklärung 1982 für regelmäßige Gipfeltreffen der Großmächte eingesetzt.

Der von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow begonnene Dialog muß im Interesse einer langfristigen Aufwärtsbewegung der West-Ost-Beziehungen fortgesetzt werden. Hierfür wird sich der Bundeskanzler bei seinen bevorstehenden Begegnungen mit beiden Gipfelpartnern mit Nachdruck einsetzen.

Fortgeführt werden muß insbesondere der Dialog über Abrüstung und Rüstungskontrolle. Die feste

HEUTE AKTUELL

● **Bundespartei**
Helmut Kohl 15 Jahre Parteivorsitzender. Seite 3

● **Umwelt**
Klaus Töpfer: Wir tun alles, um die Nordsee zu retten. Seite 6

● **Finanzpolitik**
Gerhard Stoltenberg: Die Steuerentlastung ist zehnmal so groß wie die neuen Erhöhungen. Seite 10

● **Konjunktur**
Wirtschaftsentwicklung bleibt positiv. Seite 12

● **Niedersachsen**
Wilfried Hasselmann mit großer Mehrheit bestätigt. Seite 14

Öffentlichkeitsarbeit
Zeitung machen leicht gemacht / Ein Sommer mit der CDU / Super-Olympia-Kalender mit Riesen-Spielposter / Jetzt schon an das Ferienende denken. Seiten 17 bis 20

Präsident Reagan dankt Helmut Kohl

Präsident Reagan hat am Ende des Moskauer Gipfels in einem Schreiben Bundeskanzler Helmut Kohl für dessen persönlichen Einsatz und dauernde Unterstützung beim Zustandekommen des INF-Vertrages gedankt.

Entscheidend für den gemeinsamen Erfolg sei die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland und die anderen Stationierungsländer die 1979 eingegangene Verpflichtung umgesetzt hätten.

und solidarische Haltung des Westens bei den Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenflugkörper hat entscheidend zum Erfolg des INF-Vertrages beigetragen, der jetzt auf dem Gipfel in Kraft gesetzt wurde. Der Bundeskanzler hatte zuvor durch seine Entscheidung zu den deutschen Pershing I A den Weg für den Abschluß der Verhandlungen freigemacht.

Präsident Reagan hat dem Bundeskanzler noch am 1. Juni — unmittelbar nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden zum INF-Vertrag in Moskau — erneut für diesen Beitrag beim Zustandekommen des INF-Vertrages gedankt. In demselben Schreiben würdigt der amerikanische Präsident auch den persönlichen Einsatz des Bundeskanzlers und seine Unterstützung für diesen wichtigen Abrüstungserfolg. Die Durchführung des INF-Vertrages bedeutet für die Bundesrepublik Deutschland, daß im Oktober d. J. die ersten Pershing-II-Raketen aus unserem Land abgezogen werden.

Dieser erste Schritt zu wirklicher Abrüstung muß Ansporn sein, auf dem eingeschlagenen Weg vertraglich vereinbarter Abrüstung fortzuschreiten:

- Mit einer 50 %igen Verminderung der strategischen Nuklearwaffen der USA und der UdSSR (START); hier hat es in Moskau weitere Fortschritte gegeben;
- mit einem weltweiten Verbot chemischer Waffen;
- mit der Herstellung konventioneller Stabilität in Europa und
- im Zusammenhang mit den beiden vorgenannten Zielen mit der Verminderung der sowjetischen und amerikanischen landgestützten nuklearen Kurzstreckensysteme unter 500 km Reichweite auf gleiche Obergrenzen.

Menschenrechte waren ein zentrales Gesprächsthema

Der Bundeskanzler stellt mit besonderer Befriedigung fest, daß die Menschenrechte in Moskau zentrales Gesprächsthema waren. Er begrüßt, daß die Sowjetunion sich dem Dialog über dieses Thema nicht mehr entzieht und im Zuge ihrer Umgestaltungspolitik auch einen „sozialistischen Rechtsstaat" verwirklichen will. Es ist zu wünschen, daß dies auch für die Verbündeten der Sowjetunion Maßstäbe setzt.

Religionsfreiheit ist eine grundlegende Ausformung der Menschenrechte, Freizügigkeit eine andere. Hier ermutigt uns der deutliche Anstieg der Zahl deutsch-stämmiger, aber auch jüdischer Aussiedler aus der UdSSR, wie die Ankündigung von Generalsekretär Gorbatschow, die sowjetische Haltung zum Recht auf freie Religionsausübung zu überprüfen.

Die Bundesregierung dankt dem amerikanischen Präsidenten vor allem auch dafür, daß er bei seinen Gesprächen mit Generalsekretär Gorbatschow die deutschen Interessen und die besonderen Anliegen Berlins vertreten hat.

Der Bundeskanzler ist überzeugt, daß der Gipfel in Moskau auch seinen bevorstehenden Begegnungen mit Generalsekretär Gorbatschow förderlich sein wird.

Helmut Kohl 15 Jahre Parteivorsitzender

Am 12. Juni 1973 wählte der 21. Bundesparteitag in Bonn den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl zum Bundesvorsitzenden der CDU. Auf den Tag genau 15 Jahre später wird der Bundeskanzler Helmut Kohl die letzten vorbereitenden Sitzungen der Parteiführung am Vorabend des 36. Bundesparteitages in Wiesbaden leiten.

Helmut Kohl kann in Wiesbaden auf 15 erfolgreiche Jahre als Parteivorsitzender zurückblicken. Er hat die Partei aus der Opposition wieder in die Regierungsverantwortung zurückgeführt, nachdem er die notwendige geistige und politische Erneuerung der CDU auf den Weg gebracht hatte. Das war und ist kein leichter Weg, sondern ein Weg voller Schlaglöcher und Schwierigkeiten — auch so mancher „Hauskrach" war dabei, wie Helmut Kohl auf dem Kölner Parteitag 1983 nach seiner glanzvollen Wiederwahl selbst gesagt hat.

Doch die Erneuerung der Partei war nicht nur notwendig, sondern auch erfolgreich. Helmut Kohl selbst hat entscheidende Anstöße für die intensive programmatische Arbeit der siebziger und achtziger Jahre gegeben. Er hat unmittelbar nach seiner ersten Wahl zum Bundesvorsitzenden am 12. Juni 1973 seine Überzeugung formuliert: „Ich glaube nicht, daß eine Partei auf die Dauer überzeugende Aussagen in der Politik machen kann, wenn sie nicht fortlaufend die theoretischen Grundlagen ihrer Politik durcharbeitet und der Diskussion stellt."

Und so steht für die programmatische Entwicklung der CDU unter seinem Vorsitz die eindrucksvolle Kette grundsätzlicher Aussagen auf den Parteitagen in Hamburg, in Mannheim, in Ludwigshafen, wieder in Hamburg, in Stuttgart, in Essen und jetzt in Wiesbaden — um nur die wichtigsten zu nennen.

Geistige Offenheit und der Sinn für neue Entwicklungen haben der Christlich Demokratischen Union in den siebziger Jahren neue Attraktivität gegeben. Das war zu einem wesentlichen Teil das Verdienst ihres Vorsitzenden, der mit seiner Fähigkeit zur inhaltlichen Integration und mit der gleichzeitigen Öffnung für alle, die eine Politik aus christlicher Verantwortung mitgestalten wollen, die klassische Volkspartei Konrad Adenauers auch zu einer großen Mitgliederpartei gemacht hat.

Der außerordentliche Mitgliederzuwachs, die zielstrebig ausgebaute organisatorische Schlagkraft auf allen Ebenen und die ermutigenden Wahlerfolge in Stadt und Land haben die CDU in der Folgezeit als stärkste politische Kraft ausgewiesen.

Eindrucksvoller Beweis der Geschlossenheit und Anziehungskraft

Selbstbewußt und energisch nahm die Partei unter der Führung von Helmut Kohl den Kampf um die Regierungsverantwortung im Bund auf. In zwei Wahlkämpfen bewies die Union eindrucksvoll ihre Geschlossenheit und Anziehungskraft. Als dann im Spätsommer 1982 die Regierung Schmidt an der inneren Schwäche der SPD zerbrach, stand die Union bereit: Am 1. Oktober 1982 wählte der Deutsche Bundestag Helmut Kohl zum Bundeskanzler. Nach dreizehn Jah-

ren Opposition trug die CDU wieder Regierungsverantwortung in Bonn.

Tatkräftig ging die Regierung Helmut Kohl unverzüglich daran, die schlimmsten Folgen jahrelanger Mißwirtschaft zu beseitigen und die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung zu schaffen. Unbeirrt löste der Bundeskanzler seine Zusage ein, die Wähler über seine Politik und über das Programm der Union entscheiden zu lassen. Der Wahlsieg am 6. März 1983 war so vor allem auch ein großer persönlicher Erfolg für Helmut Kohl.

Gegen den Widerstand der Opposition

In der ersten vollen Legislaturperiode hatte die Regierung unter seiner Führung ein umfangreiches Programm zu bewältigen, das dem Bundeskanzler ein außerordentliches Maß an Zielstrebigkeit und Durchsetzungsfähigkeit abverlangt hat. Nicht nur das Ergebnis der Bundestagswahl 1987 hat bestätigt, wie richtig die — häufig nur gegen härtesten Widerstand der Opposition und großer Teile der Medien durchgesetzten — Grundsatzentscheidungen Helmut Kohls waren: vom Festhalten am NATO-Doppelbeschluß, dessen Früchte nach dem Moskauer Gipfel endlich geerntet werden können, über die Politik für stabile Preise, um die uns heute alle Welt beneidet und ohne die der anhaltende Wirtschaftsaufschwung nicht denkbar gewesen wäre, bis hin zu wegweisenden Maßnahmen des Umweltschutzes sowie zu grundlegenden Erneuerungen in der Familienpolitik.

Daneben standen und stehen bedeutende Reformvorhaben an, deren Verwirklichung über den zeitlichen Rahmen einer Legislaturperiode hinausreicht: zunächst die große Steuerreform, deren erste Stufen 1986 und 1988 besonders Familien mit Kindern zugute gekommen sind. Aber auch so schwierige und zwangsläufig heftig umstrittene Vorhaben wie die dringend notwendige Strukturreform unseres Gesundheitswesens sowie die langfristige Sicherung unseres Rentensystems sind entschlossen angegangen worden.

Hier wie auch für andere innerparteiliche Auseinandersetzungen gilt Helmut Kohls Feststellung auf dem Kölner Parteitag 1983: „Eine Partei ist nicht innerlich stark, wenn sie nicht fähig ist, harte Diskussionen auszutragen." Gelegenheiten dazu hat es in den vergangenen Jahren hinlänglich gegeben.

Die CDU bleibt stark, wenn sie sich dabei stets auf ihre Ursprünge besinnt und immer von Solidarität geprägt ist. Helmut Kohl hat diese Überzeugung auf dem Bonner Parteitag 1987 in die eindringlichen Worte gefaßt: „Im Juni 1945 hieß es in den Kölner Leitsätzen der Christlichen Demokraten Deutschlands: Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung menschlicher Würde ist. Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist. Liebe Freunde, lassen wir uns immer wieder von diesen großartigen Ideen, von dieser Vision des Neubeginns ermutigen. In diesem Geist, und mit Solidarität und auch mit der notwendigen harten Arbeit, werden wir die Zukunft gewinnen."

Kohl weit vor Vogel

Das Meinungsforschungsinstitut infas sieht, laut „Die Welt" vom 2. Juni, Bundeskanzler Kohl in der Wählergunst weit vor dem SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel. In einer am 22. Mai abgeschlossenen Umfrage haben 48 Prozent der Befragten erklärt, sie würden — könnten sie den Kanzler direkt wählen — Helmut Kohl ihre Stimme geben. Nur 41 Prozent nannten in diesem Zusammenhang den Namen von Vogel.

Helmut Kohl:

Sportvereine bleiben gemeinnützig

Die Gemeinnützigkeit sowie die Spendenabzugsfähigkeit bleiben für die rund 64 000 Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Dies teilte Bundeskanzler Helmut Kohl dem Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Hans Hansen, in einem Brief mit, dessen wichtigste Passagen wir hier veröffentlichen:

Für den deutschen Sport ist es deshalb von Interesse, daß die Koalition vor dem Hintergrund der Diskussion um das Gutachten der unabhängigen Sachverständigenkommission zur Prüfung des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts eine Entscheidung getroffen hat, die dem Anliegen der Sportvereine weitgehend Rechnung tragen dürfte.

Im einzelnen hat sich die Koalition auf folgendes verständigt:

1. Die Sportvereine bleiben gemeinnützig.
2. Die Spendenabzugsfähigkeit bleibt wie bisher erhalten.
3. Die Übungsleiterpauschale bleibt wie bisher bestehen.
4. Für die wirtschaftlichen Aktivitäten der Vereine wird eine Gewichtigkeitsgrenze von DM 60.000 Umsatz eingeführt, bis zu der keine Körperschaft- und Gewerbesteuerpflicht besteht. Für die Zweckbetriebe der sportlichen und kulturellen Veranstaltungen wird darüber hinaus ebenfalls eine Zweckbetriebsgrenze von DM 60.000 eingeführt. Für die Umsatzbesteuerung wird ein vereinfachtes Verfahren angestrebt.
5. Darüber hinaus werden bei der Körperschaft- und Gewerbesteuer die bisherigen Freibeträge bzw. Freigrenzen von DM 5.000 jeweils auf einen Freibetrag von DM 7.500 angehoben.
6. Diese Verbesserungen, die eine durchgreifende Vereinfachung für über 90 Prozent der Vereine bringen, werden zeitgleich mit der Steuerreform 1990 in Kraft treten.

Im übrigen ist Ihnen bereits bekannt, daß die gemeinnützigen Vereine die kleine Kapitalertragssteuer nicht tragen müssen.

Ich hoffe, daß diese Beschlüsse dem deutschen Sport weiterhin die Entwicklungsmöglichkeiten garantieren, die der wichtigen Stellung des Sports in unserer Gesellschaft entsprechen.

Bundeswehr wird Umweltschutz noch mehr beachten

Die Bundeswehr will künftig rechtzeitiger, umfassender und damit noch sachgerechter als bisher die Belange der Umwelt bei infrastrukturellen Planungen der Bundeswehr (Landbeschaffung, Bauvorhaben) berücksichtigen. Nutzen und Schaden für die Umwelt sollen vor der Entscheidung über die Verwirklichung einer Planung bedacht werden. So soll der Einfluß des Infrastrukturvorhabens u.a. auf Landschaft, Luftverschmutzung, Artenschutz von Pflanzen und Tieren und das Grundwasser abgewogen werden. Eine neue Leitlinie gibt hierzu den mit Bauvorhaben und Landbeschaffungsmaßnahmen beauftragten Mitarbeitern aller Ebenen des Verteidigungsressorts Hilfe bei der praktischen Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung.

Klaus Töpfer:

Wir tun alles, um die Nordsee zu retten

Mit dem Tod der Robben in der Nordsee und der Massenentwicklung von Algen an der skandinavischen Küste wird uns erneut unsere Verantwortung für diesen so wichtigen Lebensraum drastisch vor Augen geführt. Nicht erst seit dieser Katastrophe wissen wir, daß die Nord- und Ostsee mit Schad- und Nährstoffen viel zu hoch belastet sind.

Die Bemühungen der Bundesregierung, im Vorfeld der zweiten Nordseeschutzkonferenz in London im November vergangenen Jahres international möglichst weitgehende Beschlüsse zum Schutz der Nordsee zu erreichen, sind dafür ein Beleg. Auf dieser Konferenz haben wir unsere Vorstellungen keineswegs alle durchsetzen können. Dennoch ist es gelungen, gegen den stärksten Widerstand, vor allem von Großbritannien, Ergebnisse zu erzielen, die uns bei unseren Bemühungen einen wesentlichen Schritt voranbringen werden. Im Mittelpunkt steht dabei die Verpflichtung, den Schadstoffeintrag in die Nordsee bis zum Jahr 1995 um 50 % zu verringern.

Das Leben in der Nordsee können wir nur dann erhalten, wenn wir die Schadstoffbelastung drastisch verringern. Ein Schwarzer-Peter-Spiel wäre jetzt das falscheste, was wir tun könnten. Wir brauchen daher die Extensivierung der Landwirtschaft zur Verringerung des den Sauerstoff aufzehrenden Nährstoffeintrags, wir brauchen den Ausbau unserer Kläranlagen. Wir brauchen aber auch die Fortführung der Luftreinhaltepolitik ebenso wie die Begrenzung des Schadstoffeintrags aus der Industrie. Ich werde mich nachdrücklich dafür einsetzen, daß die auf der Nordseeschutzkonferenz getroffenen Beschlüsse schneller umgesetzt werden als geplant.

Die DDR und die CSSR müssen in diese Politik eingebunden werden. Ich fordere daher die DDR nachdrücklich auf, Fortschritte im Umweltschutz nicht dadurch zu blockieren, daß sie von der Lösung politischer Fragen wie der Elb-Grenze abhängig gemacht werden. Wir müssen endlich erkennen, daß eine wirksame Umweltschutzpolitik in unserem gemeinsamen Interesse liegt.

Unabhängig von den internationalen Bemühungen hat die Bundesregierung, etwa durch den Erlaß der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 7a Wasserhaushaltsgesetz, mit der die dritte Reinigungsstufe beim Bau von Kläranlagen notwendig wird, ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Jetzt liegt es an den Bundesländern und den Kommunen, für eine zügige Umsetzung dieser Vorschriften zu sorgen. Darüber hinaus wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, daß von der Bundesrepublik Deutschland aus als einzigem europäischen Land ab 1989 keine Dünnsäure mehr in die Nordsee geleitet wird.

Wir brauchen keine neuen Konferenzen mit weitreichenden Beschlüssen mehr! Wir müssen die vorhandenen Beschlüsse umsetzen, und zwar möglichst rasch. Nur mit dieser Zielsetzung habe ich Kontakt mit den Regierungen der skandinavischen Staaten aufgenommen bezüglich eines Zusammentreffens auf politischer Ebene.

Dies gilt vorrangig für die Reduzierung des Eintrages von Nitrat und Phosphor in die Gewässer durch Kläranlagen.

Noch können wir die Nordsee retten, wenn alle ihre Verantwortung gleichermaßen erkennen.

Der Sachverhalt, so wie er heute erkennbar ist

Die Robben (Seehunde)

Im April gab es die ersten Meldungen über verendete Jungrobben aus dem dänischen Gebiet im Kattegat. Damals wurde die Vermutung geäußert, es handle sich um schwache, zu früh geborene Tiere. Ende April und Anfang Mai starben auch erwachsene Tiere, was nach dem milden Winter und dem guten Ernährungszustand der Tiere ungewöhnlich ist. Inzwischen sind der Krankheitsepidemie etwa 300 bis 400 Tiere erlegen; in Deutschland sind es bis heute ca. 60 Seehunde. Zum Vergleich: Im gesamten vorigen Jahr wurden an der deutschen Küste 18 tote Tiere geborgen. Die von naturwissenschaftlicher Seite genannte Ursache lautet: Lungenentzündung, nach dänischen Angaben wahrscheinlich hervorgerufen durch einen Virus. Letzteres ist für die in Dänemark gefundenen Tiere bestätigt, die Untersuchungen an den deutschen Tieren laufen noch.

Schon heute läßt sich nach dem **bis jetzt** vorliegenden Kenntnisstand sagen:

- Der Virus und die Robbenepidemie hängen nach allen vorliegenden Erkenntnissen **nicht** mit der Algenblüte und dem dadurch verursachten Fischsterben zusammen.
- Der Bestand von etwa 10.000 bis 15.000 Tieren im Seegebiet von Kattegat, Skagerrak und Nordsee ist nicht gefährdet.

In den deutschen Gewässern wurden bisher rund 60 tote Robben geborgen; in Dänemark sind dies schon über 300. Ein Ende des Robbensterbens kann noch nicht abgesehen werden. Nach den bisherigen Entwicklungen ist nach Ansicht der Experten ein Ausfall dieses Jahrgangs zu befürchten.

- Der Virus ist durch Wasser nicht übertragbar und für den Menschen ungefährlich; allerdings sollte man beim Umgang mit verendeten Robben Vorsicht walten lassen und sie nicht anfassen. Die Bergung sollte man den zuständigen und damit vertrauten Stellen überlassen. Diese Stellen veranlassen auch die notwendigen Untersuchungen der Tiere.
- Die Robben sind an einer offensichtlich leicht übertragbaren Krankheit verendet, gegen die sie zu wenig Widerstandskraft besitzen. Wodurch die Widerstandskraft geschwächt worden ist, kann noch nicht abschließend beurteilt werden; die untersuchten Tiere wiesen eher unterdurchschnittliche Schadstoffrückstände auf.
- Die Robben sind nicht an „vergifteten Fischen" verendet, weil die Fische, die wegen der Algenblüte verendet sind, jedenfalls nach den in Dänemark bis jetzt vorliegenden Untersuchungen, nicht durch Giftstoffe belastet sind. Wegen des guten Ernährungszustandes der Robben entfällt auch ein Hungertod oder eine Schwächung wegen Fischmangels.
- Die These, das Immunsystem der Tiere sei durch die zu hohe Schadstoffbelastung — insbesondere durch Schwermetalle und organische Halogenverbindungen — nachhaltig geschwächt, bedarf dringend des wissenschaftlichen Beweises. Die bisherigen Untersuchungen erhärten nicht diese Verdachtshypothese. Es handelt sich um einen sehr schwerwiegenden Verdacht, der jedenfalls im nationalen und internationalen Rahmen dazu anspornen muß, die Schadstoffbelastung von Nord- und Ostsee deutlich und mög-

lichst rasch zu senken, und dies auch unabhängig von dem lückenlosen naturwissenschaftlichen Beweis. Die von der Bundesregierung konsequent verfolgte Politik der nachhaltigen Reduzierung von Schadstoff- und Nährstoffbelastungen der Nord- und Ostsee wird dadurch dramatisch unterstrichen. Immerhin bleibt rätselhaft, warum eine Virusepidemie nach einem so milden Winter so plötzlich derartig hohe Verluste an Seehunden zur Folge hat.

Die Algenblüte und das Fischsterben

Algenblüte, Sauerstoffmangel und Fischsterben hat es in der Ostsee, in Skagerrak und Kattegat und auch lokal an Küstenstrichen der Nordsee in den vergangenen Jahren bei entsprechender Witterung immer wieder gegeben. Zeitpunkt und Ausmaß sind dieses Mal jedoch außergewöhnlich. Wichtigste Voraussetzungen sind Windstille und Wärme. Wegen des zu hohen Nährstoffeintrages, also Phosphor und Stickstoff aus Landwirtschaft, aus Industrie und vor allem auch aus kommunalen Kläranlagen, kommt es dann explosionsartig zu einer Vermehrung von Algen. Algen sind Kleinstlebewesen, die in der Freßkette von Pflanzen- und Tierwelt grundsätzlich einen wichtigen Grundbaustein bilden. Im vorliegenden Fall handelt es sich jedoch um eine plötzliche Massenentwicklung, die das empfindliche Ökosystem stört.

Das entscheidende Problem, insbesondere für die Ostsee, ist die seit Jahren festgestellte Überdüngung. Das Wasser bildet bei warmer und ruhiger Witterung stabile Schichten, abhängig von Temperatur und Salzgehalt. Ideale Brutstätte für Algen, die nach ihrem Absterben in ganz kurzer Zeit einen totalen Sauerstoffmangel herbeiführen und in tiefere Schicht sogar zur Bildung von giftigen Schwefelwasserstoff beitragen.

Wir haben uns daher anläßlich der Sitzung der Helsinki-Kommission der Ostsee-Anrainerstaaten am 15. Februar 1988 u. a. nach massivem Druck auch von der Bundesregierung, auf drastische Maßnahmen zur Schadstoffreduzierung in der Ostsee geeinigt, u. a. auch auf eine dringend erforderliche Nährstoffreduzierung in der Größenordnung von 50 Prozent bis 1995.

Zu den **Algen** läßt sich nach derzeitiger Kenntnislage feststellen:

- Die Gelbalge „Chryocromulina polylapsis" kommt zwar regelmäßig in der Nordsee vor, hat aber noch nie zu einer so enormen Algenblüte geführt. Es ist eine nur in salzreichem Wasser gedeihende Alge, stammt also nicht aus der Ostsee, sondern wahrscheinlich aus dem Kattegat. Sie führt zu einer Verklebung der Kiemen der Fische, die verenden. Nach herrschender Ansicht ist sie für die Wasserfauna und -flora nicht toxisch; allerdings gibt es neuerdings auch andere Stimmen. Hier ist noch erheblicher naturwissenschaftlicher Forschungs- und Aufklärungsbedarf.
- Bei massenhaftem Absterben der Algen tritt kurzfristig Sauerstoffmangel im Wasser ein, der alle auf Sauerstoff angewiesenen Tiere und Pflanzen absterben läßt.
- Diese Algen sind für die menschliche Gesundheit ungefährlich.
- Der Algenteppich befindet sich an der dänischen Küste in einer Tiefe von ca. 10 bis 15 m, ist ca. 3 bis 5 m mächtig und wandert so mit der Strömung nordwärts, wo er in Dänemark und Norwegen zu Fischsterben in den Fischfarmen führte. In Norwegen werden die Fischkäfige, wenn möglich, tiefer gelegt oder in die Fjorde geschleppt.
- Weder in Schweden noch in Dänemark oder Norwegen hat es bis jetzt Badeverbote gegeben; entsprechende Presseberichte sind falsch.

Umweltbewußtsein muß schon bei Jugendlichen gefördert werden

Umwelterziehung muß in verstärktem Maße Bestandteil der außerschulischen Jugendbildung und -verbandsarbeit sein und bedarf entsprechender Förderung. Hierzu ist die Entwicklung und Erprobung pädagogischer Hilfen zur Sensibilisierung des Umweltbewußtseins bei Kindern und Jugendlichen erforderlich.

Jugendverbände sollten beispielsweise mit Umweltstationen, Forstämtern und Landschaftsschutzverbänden unter Berücksichtigung örtlicher Bedingungen zusammenarbeiten. Durch die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an Umweltschutzaktionen und an den Wettbewerben zu umweltschützenden Initiativen der Gemeinden, zum Beispiel durch die Pflege von Biotopen oder die Übernahme von Bachpatenschaften, kann das Bewußtsein für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig gestärkt werden.

Das ist das Ergebnis eines Meinungsaustausches über grundsätzliche und aktuelle Fragen zum Verhältnis von Jugend und Umwelt, zu dem sich am 1. Juni in Bonn Vertreter der BUND-Jugend (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.) mit dem Bundesfachausschuß Jugendpolitik der CDU trafen. Die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Jugendpolitik der CDU, Ruth Hieronymi, MdL, sprach sich dafür aus, die BUND-Jugend künftig in die Förderung durch den Bundesjugendplan einzubeziehen.

Mütterzentren – ein Beispiel für kinderfreundliche Politik

Junge Mütter sind heute oft isoliert. Vielen fehlen Kontakte zu anderen jungen Frauen und zur Gesellschaft überhaupt. Während Männer am Arbeitsplatz die Möglichkeit zu Informations- und Meinungsaustausch mit den Kollegen haben, leiden junge Frauen bei ihrer Arbeit im Haushalt und bei der Kindererziehung oft unter Vereinsamung und Anonymität. Ein nachbarschaftliches Nebeneinander, verbunden mit der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung bei der Kinderbetreuung und den Problemen des Alltags ist zur Ausnahme geworden.

Um Frauen mit Kindern neue Kontakte zu ermöglichen, sind Mütterzentren eine begrüßenswerte Initiative. In solchen Begegnungsstätten für Mütter und Kinder sieht der Bundesfachausschuß „Frauenpolitik" der CDU eine wichtige Maßnahme für Frauen im vorpolitischen Raum, erklärt die Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Staatssekretärin Maria Herr-Beck. Der Ausschuß fordert deshalb die Kommunalpolitiker der CDU vor Ort auf, an der Gründung und dem Betrieb von Mütterzentren mitzuwirken. Eine kinderfreundliche Politik muß die Sorge um die Situation junger Mütter einschließen.

Auch für alleinerziehende Mütter stellt das Mütterzentrum eine besondere Hilfe dar. Sie können bei ihrer Dreifachbelastung von Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Kindererziehung eine Entlastung erfahren im gegenseitigen Miteinander von Erfahrungsaustausch und Hilfe.

Gerhard Stoltenberg:

Die Steuerentlastung ist zehnmal so groß wie die neuen Erhöhungen

Zeitweise verlangsamtes Wirtschaftswachstum, niedrigere Steuereinnahmen und überraschende weitere Einnahmeverluste haben die Finanzpolitik Ende 1987 vor erhebliche Probleme gestellt.

Durch die Übertragung weiterer Steueranteile an die Europäische Gemeinschaft und den starken Rückgang des Dollarkurses verlor der Bund zehn Milliarden Mark zusätzlich. So steigt seine Neuverschuldung nach einem ständigen Rückgang seit 1983 in diesem Jahr auf rund 40 Milliarden Mark, statt wie geplant, auf knapp 30 Milliarden.

Gute Noten vom Ausland

Dennoch geben die führenden internationalen Organisationen der deutschen Finanzpolitik eine insgesamt positive Beurteilung. So schreiben die Experten des Internationalen Währungsfonds in ihrem letzten Länderbericht, wir hätten „in bewundernswerter Weise" auf die erheblich veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen reagiert. Das steht im Widerspruch zu den Attacken und düsteren Vorhersagen der deutschen Opposition.

Sparsame Ausgabenpolitik wird fortgesetzt

Das positive Urteil beruht auf mehreren Gründen. Der Kurs sparsamer Ausgabenpolitik wird 1988 fortgesetzt. Im sechsten Jahr steigen die Ausgaben des Bundes um weniger als drei Prozent an, ein niedriger Wert, der in der Geschichte der Bundesrepublik zuvor nur zweimal (1953 und 1968) unterschritten wurde.

Die Senkung der Einkommensteuer um weitere 15 Milliarden Mark 1988 und die vorübergehende Inkaufnahme eines höheren Defizits haben entscheidend zu den erneuten internationalen Vereinbarungen über Wechselkursstabilität und der erheblichen Stärkung der Binnennachfrage bei uns beigetragen.

So entwickelt sich die Konjunktur gegenwärtig wesentlich besser, als zum Jahresende vorhergesagt wurde. Ein Wachstum von deutlich über zwei Prozent wird in zahlreichen unabhängigen Prognosen erwartet. Steigende Importe, vor allem aus Entwicklungsländern, und höhere Steuereinnahmen, insbesondere für die Bundesländer und die Gemeinden, sind die Folgen.

Maßvolle Anhebung bei Verbrauchssteuern

Es bleibt unser Ziel, die Steuerreform 1990 fristgerecht zu verwirklichen und die Neuverschuldung des Bundes 1989 auf etwa 30 Milliarden Mark zurückzuführen. Bereits zu Beginn dieser Wahlperiode haben CDU/CSU und FDP vereinbart, daß für erneute Übertragungen von Steueranteilen an die Europäische Gemeinschaft der Bund einen Ausgleich bei den Verbrauchssteuern benötigt. Seit Anfang dieses Jahres kennen wir die Größenordnung. Für den inneren Ausbau und die Stärkung der EG handelt es sich 1989 um fünf Milliarden Mark, 1991 um acht Milliarden Mark, also um zusätzlich weitere drei Milliarden Mark, die nach Brüssel fließen. Es ist vollkommen abwegig, wenn jetzt behauptet wird, damit

würden die Wirkungen der Steuersenkung für die Bürger in Frage gestellt. Die Entlastung, vor allem bei der Einkommensteuer in drei Stufen (1986, 1988 und 1990), macht für die Bürger und die Betriebe fast 50 Milliarden Mark jährlich aus. Demgegenüber geht es bei der Anhebung von indirekten Steuern um zehn bis 16 Prozent dieses Volumens.

Steuerstruktur wird verbessert

Unsere Kritiker übersehen auch, daß die Steuerstruktur in der Bundesrepublik dringend reformiert werden muß. Der Anteil der direkten Steuern auf Arbeit und unternehmerische Tätigkeit hat sich ständig erhöht, von 50 Prozent des Gesamtsteueraufkommens vor drei Jahrzehnten auf jetzt fast 60 Prozent. Dementsprechend ging die Steuerbelastung für den Verbrauch zurück.

Dies ist eine gefährliche Entwicklung, weil sie arbeitsplatzschaffende Investitionen verteuert, in manchen Fällen gefährdet und die berufliche Leistung von mehr als 20 Millionen Mitbürgern zu stark belastet. Die vereinbarte Harmonisierung der indirekten Steuern in der EG zwingt uns ohnehin zu einer entsprechenden Veränderung.

Die Finanzpolitik bleibt also auf Kurs. Wenn wir die Linie sparsamer Ausgabengestaltung konsequent einhalten, können wir auch die Neuverschuldung mittelfristig noch stärker zurückführen.

(Diesen Beitrag von Gerhard Stoltenberg veröffentlichte die „Welt am Sonntag" in der Ausgabe vom 5. Juni 1988)

Fast die Hälfte der Bürger spart an Einkommensteuer jährlich 500 bis 2000 DM

Nach einer Untersuchung des Instituts für Öffentliche Wirtschaft, Geld und Währung der Universität Frankfurt wird fast die Hälfte der Steuerpflichtigen in der Bundesrepublik Deutschland als Folge der Steuerreform jährlich zwischen 500 und 2000 DM weniger Steuern zahlen. Knapp ein Fünftel wird mit weniger als 500 DM entlastet.

Rund 9 Prozent der Steuerpflichtigen können mit Steuereinsparungen über 5000 DM im Jahr rechnen, knapp 4 Prozent mit 4000 bis 5000, 5 Prozent mit 3000 bis 4000, gut 12 Prozent mit 2000 bis 3000, 29 Prozent mit 1000 bis 2000, 21 Prozent mit 500 bis 1000, 14 Prozent mit 200 bis 500, 3 Prozent mit 100 bis 200 und knapp 3 Prozent mit 100 DM und weniger.

Weil bei einem progressiven Tarif die Steuerbelastung schneller als das Einkommen steigt, führt eine durchgehende Milderung der überzogenen Progression zwangsläufig auch zu größeren absoluten Entlastungsbeiträgen bei höherem Einkommen. Eine sachgerechte Beurteilung der Steuersenkung darf sich nicht auf den Vergleich absoluter Entlastungsbeträge beschränken, sondern muß auch die bisherige und die verbleibende Steuerbelastung berücksichtigen. Hier aber zeigt sich, daß die Bezieher kleiner Einkommen überdurchschnittlich, die Bezieher hoher Einkommen unterdurchschnittlich entlastet werden.

Familien werden umso stärker — bis 100 Prozent — entlastet, je kleiner das Einkommen und je höher die Kinderzahl ist. Die absolute Entlastung beträgt, so das Frankfurter Institut, für eine Familie mit einem Kind durchschnittlich 1012 DM. Bei zwei Kindern sind es 1471 DM, bei dreien 2003 DM und bei mehr als drei Kindern 3255 DM.

Entlastung des Arbeitsmarktes im Mai

Die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes ist im Mai mit einem erneuten spürbaren Rückgang von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit weiter vorangekommen, erklärte der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Friedhelm Ost, zu den am 6. Juni veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen.

Positiv zu bewerten sind vor allem der kontinuierliche Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und die im Jahresvergleich erneut gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften, die sich sowohl im Bestand von 196.200 noch unbesetzten Stellen bei den Arbeitsämtern als auch in den vielen Stellenanzeigen niederschlägt.

Der Beschäftigungsanstieg hält an und tendiert saisonbereinigt weiter nach oben. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im April bei rund 25,9 Millionen und war damit um 115.000 höher als ein Jahr zuvor; seit Frühjahr 1984 ist diese Zahl um rund 700 000 angestiegen.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die positive Beschäftigungsentwicklung sich im weiteren Verlauf des Jahres fortsetzen wird. Die Konjunktur verläuft deutlich besser als noch vor einigen Monaten erwartet. Nachfrage und Produktion steigen. Das Geschäftsklima hat sich seit Jahresbeginn deutlich verbessert.

Eine rasche Verringerung der Arbeitslosigkeit wird jedoch nach wie vor hauptsächlich durch die wachsende Erwerbsneigung der Frauen, aber auch durch das Nachwachsen junger Ausländer ins Erwerbsalter und die zunehmende Zahl arbeitsuchender Aussiedler verhindert.

Notwendig für einen spürbaren Abbau der Arbeitslosigkeit sind deshalb zusätzliche Anstrengungen aller Beteiligten. Die Bundesregierung hat mit der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen, dem Kreditfinanzierungsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 21 Milliarden Mark und mit der kräftigen Stärkung der Binnennachfrage durch weitere Steuerentlastungen von 14 Milliarden Mark ab 1988 einen wichtigen Beitrag dazu geleistet.

Gefordert sind aber auch die Tarifvertragsparteien, die Unternehmer, die Betriebsräte und die Arbeitslosen selbst. Wir brauchen mehr Flexibilität, mehr Teilzeitarbeitsplätze, mehr innerbetriebliche Qualifizierung. Nur wenn alle für den Arbeitsmarkt Verantwortlichen die guten wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen gemeinsam nutzen und mit eigenen Initiativen stärker als bisher ergänzen, werden die Probleme der Beschäftigung zu lösen sein.

Wirtschaftsentwicklung bleibt positiv

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes war das Niveau des Bruttosozialprodukts im 1. Vierteljahr 1988 real um 4,2 Prozent und damit erheblich höher als vor Jahresfrist. Im Vergleich zum 4. Vierteljahr 1987 war der Anstieg saisonbereinigt mit rd. 1½ Prozent ebenfalls sehr kräftig.

Auch wenn diese erfreulichen Ergebnisse für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung die derzeitige Wachstumsdynamik überzeichnen dürften, da eine Reihe von positiven Sondereinflüssen hierzu beigetragen hat, zeigen sie, daß die konjunkturelle Grundtendenz eindeutig aufwärtsgerichtet bleibt. Begünstigt durch die milde Witterung kamen die stärksten Wachs-

tumsimpulse von den Bauinvestitionen. Aber auch die übrigen Komponenten der Inlandsnachfrage haben weiter zugenommen. Insgesamt deuten die derzeitig verfügbaren Informationen und Bedingungen darauf hin, daß bei Ausbleiben gravierender Störungen von außen die Obergrenze des im Jahreswirtschaftsbericht für 1988 genannten Wachstums von zwei Prozent noch übertroffen werden könnte.

Mit der Wachstumsbeschleunigung ging auch ein wieder kräftigerer Beschäftigungsaufbau einher. Besonders positiv zu vermerken ist, daß gleichzeitig das Preisniveau auf der Verbraucherstufe saisonbereinigt gegenüber dem 4. Quartal 1987 unverändert blieb und damit nur um ein Prozent höher als vor einem Jahr lag. Dies zeugt für die anhaltend spannungsfreie und gesunde Struktur der derzeitigen Wirtschaftsentwicklung.

Befürchtungen, wonach die Finanzmarktturbulenzen des letzten Herbstes konjunkturdämpfend wirken würden, haben sich weder für die Bundesrepublik noch für die anderen Industrieländer bestätigt.

Die Robustheit der gegenwärtigen konjunkturellen Auftriebskräfte, die schon für das 4. Quartal trotz weitverbreiteter Verunsicherung nach den Börsenunruhen des letzten Herbstes festgestellt werden konnten, ist mit den jüngsten Ergebnissen eindrucksvoll bestätigt worden. Inzwischen haben die dank funktionierender internationaler Kooperation wieder stabileren Wechselkursverhältnisse und die getroffenen wirtschafts- und finanzpolitischen Weichenstellungen wieder zu gestiegener Zuversicht in der Wirtschaft geführt. Jetzt kommt es darauf an, die anstehenden großen Reformvorhaben zügig und ohne Abstriche umzusetzen, um so wichtige Voraussetzungen für eine Fortsetzung der positiven Wirtschaftsentwicklung zu schaffen.

Ifo-Institut:

Weiterhin günstige Verbrauchskonjunktur

In seiner jüngsten Konjunkturanalyse hat das Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsförderung für den Rest des Jahres 1988 ein anhaltend positives Konsumklima vorausgesagt. Die Wirtschaftsforscher sprechen vor dem Hintergrund wachsender Zuversicht in der Industrie von einer weiterhin günstigen Verbrauchskonjunktur, der private Verbrauch bleibe dabei das belebende Element. Die rege Nachfrage der Privathaushalte hat im ersten Drittel dieses Jahres weiter angehalten. Für 1988 insgesamt rechnet das Institut damit, daß die verfügbaren Privateinkommen im Vergleich zum Vorjahr um 4,5 Prozent zunehmen werden.

Auf die anhaltend positive Entwicklung des privaten Verbrauchs stützt auch der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) seine optimistische Konjunkturprognose für 1988. Wie BDI-Präsident Tyll Necker erklärte, rechnet der BDI 1988 mit einem Wirtschaftswachstum von zwei Prozent.

Paul Laufs stellv. Fraktionsvorsitzender

Der baden-württembergische CDU-Bundestagsabgeordnete **Paul Laufs** ist am 7. Juni 1988 zu einem von sieben Stellvertretern des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger gewählt worden. Er ist damit Nachfolger seines Landsmannes Karl Miltner, der Regierungspräsident in Karlsruhe wurde.

Laufs wird als stellvertretender Fraktionsvorsitzender für Fragen der Innen- und Rechtspolitik zuständig sein.

Wilfried Hasselmann mit großer Mehrheit bestätigt

Die CDU in Niedersachsen ist fest entschlossen, bei der Landtagswahl in zwei Jahren wieder die Mehrheit zu gewinnen. Ministerpräsident Ernst Albrecht unterstrich auf dem Landesparteitag in Braunschweig am 3. Juni 1988, daß es sein Ziel sei, Niedersachsen in guter Verfassung ins 21. Jahrhundert hineinzuführen.

Bei den Neuwahlen wurde der bisherige Landesvorsitzende und Minister Wilfried Hasselmann mit überzeugender Mehrheit als Parteichef in seinem Amt bestätigt. Er ist damit der dienstälteste Landesvorsitzende in der Bundesrepublik Deutschland. 20 Jahre führt Wilfried Hasselmann jetzt die Union in Niedersachsen. Erstmals wurde die Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth in das Führungsgremium der Landespartei gewählt. Neben dem ersten Parlamentarischen Geschäftsführer im Deutschen Bundestag Rudolf Seiters sowie Sozialminister Hermann Schnipkoweit ist sie nun eine von drei Stellvertretern im Landesvorstand.

In seiner Rede forderte Ministerpräsident Albrecht vor den 669 Delegierten, daß die „persönlich gefärbten" Auseinandersetzungen in der Bonner Koalition beendet werden müssen. Es könne nicht angehen, daß der eine dem anderen am Zeuge flikken wolle. Die Grundlinien christlich demokratischer Politik müßten wieder deutlicher werden.

„Wir werden und wir dürfen es nicht dulden, daß persönliche Eitelkeiten und Wichtigtuereien vor die Vernunft und Arbeit gesetzt werden", mahnte der Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann. Ständiges Gezänk müsse endlich aufhören und der Blick nach vorne gerichtet werden.

Auf dem Parteitag zerstreute Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth alle Spekulationen über eine etwaige Nachfolge von Ministerpräsident Ernst Albrecht. Vermutungen, sie trete bei der Landtagswahl 1990 als Nachfolgerin von Ministerpräsident Albrecht an, ständen überhaupt nicht zur Diskussion. Süssmuth: „Ich möchte, daß Ernst Albrecht erfolgreich in die nächste Legislaturperiode geht," sagte sie. Außerdem wies sie Gerüchte zurück, sie könne eines Tages als Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann ablösen. Im Landesvorstand will sich die Ministerin und Göttinger Bundestagsabgeordnete vor allem für Sozial-, Frauen- und Familienpolitik engagieren sowie als Bundesministerin Politik für Niedersachsen in Bonn machen. Der Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann unterstrich, daß das Gespann Albrecht/Hasselmann gemeinsam in die nächste Landtagswahl gehen wird.

In einem weiteren wichtigen Punkt des Parteitages stellte der Vorsitzende der Zukunftskommission, Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP, den Entwurf des Zukunftsprogramms der Niedersachsen-CDU vor, das jetzt an der Basis diskutiert und ergänzt werden soll. Nach den Vorstellungen der Kommission sollen Angebote für politische Perspektiven in diesem Papier aufgezeigt werden. „Wir wollen das Gespräch und den Meinungsaustausch. Wir verkünden keine besseren Wahrheiten als andere, sondern wir stellen Positionen zur Diskussion, von denen wir nach bester Kenntnis und gewissenhafter Prüfung meinen, daß sie die

Zukunftsfähigkeit Niedersachsens sichern helfen," meinte er. Die Union wolle dazu beitragen, den Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen deutlich zu machen, daß es die CDU ist, die die geistige und politische Kraft besitzt, Niedersachsen in die 90er Jahre zu führen. Der Entwurf des Zukunftsprogramms solle Aufgaben und nicht Visionen beschreiben.

Ende Juli Empfehlung für den Transrapid

Der Bundesminister für Forschung und Technologie, Heinz Riesenhuber, MdB, hielt eine perspektivische Rede zum Thema „Forschung als politische, wirtschaftliche und ethische Herausforderung". Der Bundesforschungsminister wies vor dem Parteitag darauf hin, daß die Bundesregierung Ende Juli die Empfehlung für eine erste Referenzstrecke für die Magnetschwebebahn Transrapid abgeben werde. Eine vorzeitige Bekanntgabe schade der Sache. Die norddeutschen Länder hatten sich gemeinsam für den Bau einer Strecke zwischen Hannover und Hamburg und einer möglichen Einbeziehung Bremens und einer Verlängerung nach Kiel beworben.

Riesenhuber warnte außerdem davor, in der Politik der jeweiligen öffentlichen Meinung nachzulaufen. Dies gelte vor allem für die Energiepolitik. Politik bestehe nicht aus „dem Nachlaufen nach der momentanen öffentlichen Meinung, sondern aus konkretem Gestaltungswillen". Energiepolitische Entscheidungen müßten abgewogen sein und aus Verantwortungsbewußtsein gefällt werden. Die Sicherheit werde nicht durch die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik gefährdet. Bei einem Abschalten der kerntechnischen Anlagen würde insbesondere die Dritte Welt hart betroffen, sagte Riesenhuber.

Bildungskurse für Jugendliche gesichert

Für die berufliche Bildung Jugendlicher, für Weiterbildung und Rehabilitation wird die Bundesanstalt für Arbeit in diesem Jahr 210 Millionen Mark zusätzlich erhalten. Bundesminister Norbert Blüm hat darauf hingewiesen, daß insbesondere der Wunsch, den Hauptschulabschluß nachzuholen, unerwartet stark gestiegen sei, und daß deshalb die vorgesehenen Haushaltsmittel der Bundesanstalt nicht ausreichten.

In den vergangenen Wochen hatten insbesondere die Träger der Jugendsozialarbeit darüber geklagt, daß aufgrund der von der Bundesanstalt geplanten Kürzungsmaßnahmen gerade die Jugendlichen betroffen seien, die ohne öffentliche Hilfe aus eigener Kraft nicht in die Arbeitswelt eingegliedert werden können. Dazu Norbert Blüm: „Jugendliche mit Startschwierigkeiten in die Berufswelt bedürfen besonderer Zuwendung. Wir lassen sie nicht hängen. Der Schulabschluß ist heute mehr denn je Voraussetzung für einen gelungenen Berufsstart."

Von den zusätzlichen 210 Millionen Mark stehen nunmehr 30 Millionen Mark für Kurse bereit, in denen Jugendliche ihren Hauptschulabschluß nachholen. Mit den restlichen 180 Millionen Mark sollen Engpässe überwunden werden, die nicht zuletzt in strukturschwachen Räumen wie beispielsweise im Ruhrgebiet entstanden waren. Damit ist sichergestellt, daß Jugendliche nach dem Schulabschluß in den kommenden Wochen nicht in Arbeitslosigkeit, Ungewißheit oder Hoffnungslosigkeit entlassen werden.

Für „Einsteiger" und „alte Hasen"

Politische Bildung in Schloß Eichholz

Schloß Eichholz wird seit langem mit politischer Bildung in Verbindung gebracht. Mit gutem Grund. Denn dort werden Jahr für Jahr mehrere hundert Veranstaltungen durchgeführt. Über Einzelheiten informieren Halbjahresprogramme. Das soeben erschienene Programm für die zweite Hälfte des laufenden Jahres gibt Auskunft über:

Fachtagungen

■ für Lehrer, Journalisten, Soldaten, Polizisten, Kommunalpolitiker und Frauen
■ über Entwicklungspolitik und Umweltpolitik

Seminare

■ das politische Seminar
■ das wirtschaftspolitische Seminar
■ das kommunalpolitische Seminar

Trainings

■ Rhetorik für die politische Praxis
■ Kommunale Pressearbeit
■ Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich

Eichholzer Informationsforen

■ Was bringt uns die Steuerreform?
■ Zu den Rüstungs- und Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion

Seminare für Studenten

■ Entwicklungspolitik
■ Wie weit darf Opposition im Rechtsstaat gehen?
■ Massenmedien und politische Kultur
■ Europa konkret — Wie EG-Entscheidungen unser Leben gestalten

Tagungen für Schüler der gymnasialen Oberstufe

■ Die junge Generation — Bildungschancen und Beschäftigungsmöglichkeiten
■ Wege in den Journalismus

Workshops für junge Zeitungsmacher

Dialog zu Politik und Zeitgeschehen

■ Junge Erwachsene im Gespräch mit Zeitzeugen
■ Leben in einem Entwicklungsland
■ Leben in Deutschland

Tagungen für ältere Mitbürger

■ 40 Jahre nach der Währungsreform
■ Hilfe zur Selbsthilfe — Chancen und Wege der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern
■ Erbe und Tradition — Gedanken zur Identität der Deutschen
■ Deutschlandpolitische Tagungen an der innerdeutschen Grenze mit Tagesfahrt in die DDR

Interessierte können sich das Halbjahresprogramm 2/88 zuschicken lassen.

Anfragen nimmt entgegen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz
5047 Wesseling

Zeitung machen leicht gemacht

Informationen für Zeitungsmacher

Alles, was Sie zum Zeitungsmachen wissen müssen, finden Sie in der achtseitigen „CDU-Zeitung". Sie soll Ihnen bei der Produktion Ihres lokalen CDU-Blattes helfen. Die Entstehung einer aktuellen Zeitung wird hier Schritt für Schritt erklärt. Viele interessante Artikel informieren Sie über die Auswahl eines passenden Titels für Ihre Zeitung, über die Kunst, Texte informativ und kurz abzufassen, über die richtige Auswahl von Fotos, juristische Vorschriften, Zeit- und Kostenaufstellungen bis hin zur ansprechenden Gestaltung.

Bestell-Nr.: 2087
Mindestabnahme: 10 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 5,— DM zzgl. MwSt.

CDU-Zeitung

Jahrgang 1 / Nr. 1 — Informationen für Zeitungsmacher — Juni 1988

Zeitung machen leicht gemacht

Täglich werden es mehr: Zeitungen von CDU-Verbänden, die dieses Medium als aktuellen und erfolgreichen Informationsmittel für ihre Öffentlichkeitsarbeit vor Ort einsetzen.

Alles, was Sie zum Zeitungsmachen wissen müssen, finden Sie in dieser „CDU-Zeitung". Sie soll Ihnen bei der Produktion Ihres lokalen CDU-Blattes helfen. Viele interessante Artikel informieren Sie über Inhalte, die richtige Auswahl von Fotos, juristische Vorschriften, Zeit und Kostenaufstellungen, bis hin zur ansprechenden Gestaltung.

Aktive CDU: Immer mehr CDU-Verbände auf Orts- und Kreisebene geben eine eigene Zeitung heraus. Jetzt sind es bereits rund 1000 Titel, die auf eine Gesamtauflage von drei bis vier Millionen Exemplare kommen.

Wir haben Spaß beim Zeitungsmachen

Peter Könen
Redakteur des *„Krefelder Bürger Blatt"*

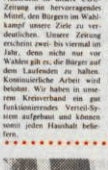
Seit fünf Jahren geben wir jetzt unser *Krefelder Bürger Blatt* heraus. Es ist wichtig für unsere Politik, die lokalen Probleme aus der Sicht der CDU aufgreifen zu können. Außerdem ist unsere CDU-Zeitung ein hervorragendes Mittel, den Bürgern im Wahlkampf unsere Ziele zu verdeutlichen. Unsere Zeitung erscheint zwei- bis viermal im Jahr, denn nicht nur vor Wahlen gilt es, die Bürger auf dem Laufenden zu halten. Kontinuierliche Arbeit wird belohnt. Wir haben in unserem Kreisverband ein gut funktionierendes Verteil-System aufgebaut und können somit jeden Haushalt beliefern.

Marianne Albrecht
Redakteurin des *„Gemeinde-Bote"*

Alles hat mit einer alten Schreibmaschine und einem weißen Blatt Papier angefangen. Zuerst sah unsere Zeitung handgemacht aus. Inzwischen haben wir durch unsere Arbeit viel Neues dazugelernt, so daß sich unsere Zeitung sehen lassen kann. Uns macht das Zeitungsmachen richtig Spaß. Es gibt kaum ein besseres Mittel, die Menschen in unserer Umgebung direkt über die CDU zu informieren. Außerdem können wir selbst bestimmen, was wir veröffentlichen. Durch unsere Zeitung können wir CDU-Politik unverfälscht und ohne Einschränkung darstellen.

Frank Armbruster
Redakteur der *„Hannover Gesellschaft" Zeitung der JU-Baden-Württemberg*

Die Arbeit in unserem Redaktionsteam läuft super! Wir teilen die zu vor abgesprochenen Themen auf, so daß für niemanden der Zeitaufwand zu groß wird. Durch unsere Zeitung fördern wir das Gespräch mit den Bürgern, und es entsteht ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Ich glaube, daß wir auf Dauer Unentschlossene und Wechselwähler von unserer Politik überzeugen können. Außerdem haben wir die Chance, zur Mitarbeit in der CDU und JU anzuregen.



Marianne Albrecht

Der Computer hilft auch Ihnen
Fachliche Tips auf Seite 3

Wie soll unsere CDU-Zeitung heißen?

Ein zugkräftiger Titel schafft Aufmerksamkeit und Interesse für die CDU-Zeitung.

Der Name CDU muß nicht unbedingt im Titel erscheinen, jedoch sollte der Leser — eventuell durch eine Untertitelzeile — klar erkennen können, von wem die Zeitung kommt.

Namen, die der Leser eher beim politischen Gegner erwartet, sollten vermieden werden.

Kampfbahn erprobte Titel überleben sich erfahrungsgemäß rasch.

Auch hochgestochene Namen kommen beim Leser nicht an und wirken unter Umständen lächerlich.

Prüfen Sie auch, daß Sie keinen Zeitungstitel wählen, der es schon bei einer anderen Zeitung oder Zeitschrift gibt oder der zu Verwechslungen führt.

Ist der „richtige" Titel gefunden, sollte der Zeitungskopf ansprechend, wirkungsvoll und unverwechselbar gestaltet werden — am besten von einem Fachmann, einem Grafiker.

Beispiele von Titeln bestehender CDU-Zeitungen

Lokale Titel
- Laurensberg intern
- Kontakt mit Ulmer Bürgern
- Unsere Stadt Wissen
- Union in Papenburg
- Kehler Unionsbrief
- Kinzigpanorama
- Dissen pur
- Gesmolder Bote
- Sprachrohr Hattorf
- Krefelder Bürger Blatt
- Der Schwartauer
- Hallo Cramme

Schlagwort-Titel
- Im Blickpunkt
- Durchblick
- CDU-Contact
- Hallo Nachbarn
- Die Entscheidung
- Der Mitbürger
- Gemeinde-Bote

Zielgruppen-Titel
- Frauen in der Union
- JU Direkt
- Plattform Junge Union
- Schüler Express Junge Union
- Humane Gesellschaft Junge Union Baden-Württemberg

Allgemeine Titel
- CDU-intern
- CDU-Report
- CDU-Aktuell
- CDU-Schaufenster
- CDU-Gemeindebote

Sondertitel
- JUckpulver
- Schwarz auf Weiß
- Springbrunnen
- Lupe
- Die Quelle

Die meisten CDU-Zeitungen wenden sich an alle Bürger

Aus guten Gründen wenden sich die meisten CDU-Zeitungen an alle Bürger — aus Kostengründen und um der Gefahr der Verzettelung zu entgehen. In bestimmten Fällen sollten jedoch auch Zielgruppen angesprochen werden.

- alle Bürger einer Gemeinde, eines Kreises, einer Stadt oder eines Stadtteils und in Wahlkampfzeiten auch eines Wahlkreises.
- bestimmte Gruppen der Bevölkerung, z.B. alle Arbeiter und Angestellten, die Frauen einer Stadt oder Gemeinde, die Jugendlichen, ältere Mitbürger, die eigenen Mitglieder.

Bestellungen über das
IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

Ein Sommer mit der CDU

Das ist die neue Papiertüte beim IS-Versandzentrum. Nach dem großen Erfolg der braunen Papiertüte im ersten Halbjahr 1988 gibt es jetzt einen Sonderdruck für Ihre Sommeraktionen (siehe auch UiD 17 vom 3. Juni 1988).

Die Tüte ist aus weißem Natronpapier und mit dem bekannten Motiv „Ein Sommer mit der CDU" versehen.

Größe: 26 × 10 × 36 cm
Preis je 250 Stück: 45,— DM
inkl. Versandkosten zzgl. MwSt.
Bestell-Nr.: **9082**

Bestellungen über das
IS-Versandzentrum,
Postfach 1328, 4804 Versmold

Vorankündigung!
Lieferung ab Ende Juni '88

Jetzt schon für Aktionen einplanen:

Super-Olympia-Kalender mit Riesen-Spielposter

Direkt nach der Sommerpause stehen die Olympischen Sommerspiele in Seoul vor der Tür — ein Ereignis, das vom 17. September bis 2. Oktober die Aufmerksamkeit der Bürger fesseln wird.

Wir kündigen Ihnen schon jetzt den Super-Olympia-Kalender an, ein Werbemittel, das nicht nur umfassend über alle Seoul-Entscheidungen informiert, sondern auch zu eigenen Aktionen anregt: Beispielsweise mit großem CDU-Marathon-Spiel, einem „Renner" für Kinderfeste und Nachbarschaftstreffen in den Sommermonaten. Oder mit ausführlichen Fitneßtips, die helfen, gut über die olympischen Wochen zu kommen. Nicht vergessen sollte man auch das Olympia-Quiz, bei dem es u. a. den Besuch einer Deutschen Meisterschaft nach Wahl zu gewinnen gibt.

Mit dem Kalender haben Sie ein Werbemittel zur Verfügung, mit dem Sie in bzw. direkt nach Ihren Sommerferien aktiv werden können. Also schon jetzt entsprechende Aktionen planen! Für die CDU-Landesverbände ist übrigens im DIN-A1-Werbemittel, das auf DIN A4 gefaltet ist, eine eigene Olympia-Seite vorgesehen. **Die ausführliche Produktbeschreibung erfolgt in einer der nächsten Ausgaben des UiD.**

Olympia
1976
1980
1984
1972
1988
Liebe Freunde des Sports,
SUPER-OLYMPIA-KALENDER
MIT RIESEN-SPIELPOSTER
17. SEPTEMBER – 2. OKTOBER 1988
OLYMPIA '88
SEOUL
CDU-OLYMPIA
MARATHON
START
SPIELREGELN
ZIEL
CDU
Dabei sein ist alles
Tips zum Mitmachen
Olympia-Quiz
In wieviel olympischen Sportarten wird in Seoul um Medaillen gekämpft?
Extra-Tip: Auf die richtige Ernährung kommt es an!
und das sind die Preise:
1. Preis
2. Preis
3.–10. Preis
Fechten
Fußball
Reiten
Sportschützen
Basketball
Hockey
Volleyball
Turnen
Radsport
Tennis
Mod. Fünfkampf
Gewichtheben

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Jetzt schon an das Ferienende denken

DIN A1-Plakat „Schule hat begonnen"

Schon Ende Juli sind in einigen Bundesländern in diesem Jahr die Sommer-Schulferien wieder zu Ende. Der Schulalltag beginnt. Gerade für motorisierte Verkehrsteilnehmer ist dann speziell in den ersten Tagen nach Schulbeginn erhöhte Vorsicht geboten, ganz besonders natürlich bei Schulanfängern, die sich noch nicht so gut im Straßenverkehr auskennen. Mit dem DIN A1-Plakat „Schule hat begonnen" signalisiert die CDU auf freundliche Art und Weise und zudem ohne erhobenen Zeigefinger, auf was es dabei ankommt: So umsichtig zu fahren, daß kein anderer Verkehrsteilnehmer gefährdet wird.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM zuzügl. MwSt.
Bestell-Nr.: **8984**

Bestellungen über das

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UiD
18/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.